

Mit Übersicht
aller SVP-Kantonsrats-
Kandidaten aus dem
Wahlkreis Sursee



Infos über die
SVP Kanton Luzern:
www.svplu.ch

Darum stelle ich
mich wieder zur
Wahl

3



Botschaft
aus der
Regierung

4



Aus Ihrem
Wahlkreis

5





Liebe Wählerinnen und Wähler

Wir wollen die Wahlen gewinnen. Mit dieser Aussage bin ich nicht überheblich, sondern überzeugt, dass es mehr SVP braucht. Die SVP ist die einzige Partei, welche sich gestern, heute und morgen für die Interessen unserer Heimat einsetzt. Die Erfolgssäulen unseres Landes sind Freiheit, Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus – und diese gilt es mit aller Macht zu verteidigen.

Zu oft wird der Volkswille in der Schweiz ausgehebelt: Initiativen werden nicht umgesetzt und fremde Richter sollen das letzte Wort haben. Ohne die Selbstbestimmungsinitiative der SVP wäre das EU-Rahmenabkommen und der UNO-Migrationspakt in der Bevölkerung nie diskutiert und allenfalls schon unterzeichnet worden. Zu guter Letzt würde die automatische Rechtsübernahme Einzug halten. Unsere Demokratie ist in Gefahr. Für die Lösung unserer Probleme brauchen wir eigene Gesetze.

Die SVP steht für Verlässlichkeit. Die SVP verfolgt eine konsequente Politik – nicht nur vor den Wahlen. Unser Wahlkampf unter dem Slogan «frei bleiben» soll deshalb für das stehen, wofür wir uns in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft einsetzen.

Mit «frei bleiben» wollen wir unser Sozialsystem verteidigen, eine selbstbestimmte Zuwanderung garantieren und eine florierende Wirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen ermöglichen. Wir wollen unser duales Bildungssystem erhalten und einer Jugendarbeitslosigkeit, wie sie in ganz Europa Fuss gefasst hat, entgegenwirken. Missbräuche im Sozial- und Asylwesen sollen nachhaltig bekämpft werden.

«Frei bleiben» heisst auch Sicherheit auf den Strassen und weniger Kriminalität.

Wir wollen eine produzierende Landwirtschaft, ein gesundes Gewerbe und eine vielfältige Industrie. Dazu braucht es eine konsequente Finanzpolitik und Rahmenbedingungen, die ein gesundes Wachstum zulassen. Wir wollen keine überfüllten Bahnhöfe und Staus auf den Strassen. Der öffentliche und der individuelle Verkehr sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

In erster Linie sind wir eine Volkspartei. Wir hören zu und nehmen die Anliegen unserer Wählerinnen und Wähler sehr ernst. Um unserer Politik gerecht werden zu können, benötigen wir kompetente Politikerinnen und Politiker, für die das Allgemeinwohl an erster Stelle steht und somit auch die Elemente gemäss unserem Parteiprogramm. Wir sind in der Lage, Ihnen eine Vielzahl von Kandidatinnen und Kandidaten vorstellen zu können.

Wir danken Ihnen, wenn Sie mit der Liste 2 wählen und in Ihrem Umfeld zur Wahl mobilisieren. Wollen Sie, dass das Erfolgsmodell Schweiz weiterhin gedeiht? Dann gehen Sie an die Urne und legen Sie die Liste 2 ein. Wir und die nächste Generation danken Ihnen.

Ihre Präsidentin, Angela Lüthold

SVP Kurier im Gespräch mit Wahlkampfleiter Fredy Winiger

Das Ziel ist, stärkste Fraktion zu werden

In wenigen Wochen sind die Regierungs- und Kantonsratswahlen. Wie ist die SVP im Kanton Luzern aufgestellt?

Nach wie vor stehen im Kantonsrat 120 Sitze zur Verfügung. Wir von der SVP versuchen mit möglichst vielen Kandidatinnen und Kandidaten und einer guten Durchmischung von Berufsgattungen und Altersgruppierungen eine breite Bevölkerung anzusprechen. Mit der Anzahl Kandidatinnen und Kandidaten sind wir auf dem richtigen Weg dazu.

Was für Erwartungen hat die Wahlkommission, was sind die Ziele bei den Kantonsratswahlen?

Wir wollen an Sitzen zulegen, das ist und muss unser Ziel sein.

Es heisst, die SVP wolle die wählerstärkste Partei werden. Die FDP möchte die SVP hinter sich lassen und die CVP kämpft, um die politische Macht in Luzern zu behalten.

Ich hätte nichts dagegen, wenn die FDP hinter der SVP die zweitstärkste Partei im Kanton Luzern wird.

Die SVP hatte noch nie so viele, vor allem auch junge, Kandidaten. Wird die Politik wieder attraktiv oder an was liegt dieser Zulauf?

Die Suche nach Kandidaten ist die Arbeit der Wahlkreise und Ortsparteien. Es ist erfreulich, wie viele junge Leute sich zur Wahl stellen. Dies kommt nicht von ungefähr. Die Ortsparteien haben über Jahre tolle Arbeit geleistet und eine junge, interessierte Generation eingebunden.



Spannend auch die Regierungsratswahlen. Unbestritten scheinen die bisherigen Regierungsmitglieder. Die FDP wird ihren Sitz wohl verteidigen. Die Frage stellt sich wohl: bewährter parteiloser Finanzchef oder Konkordanz und eine links-soziale Kraft in der Regierung?

Die FDP wird ihren Sitz verteidigen können. Da sich der parteilose Marcel Schwerzmann wieder zur Wahl stellt, wird auch er wiedergewählt. Die SVP wird Schwerzmann nicht bekämpfen, weil er über Jahre eine solide bürgerliche Finanzpolitik betreibt.

Die SVP setzte sich immer für die Konkordanz ein. Dies wurde leider selten von den anderen Parteien unterstützt. Heute haben wir mit Paul Winiker zusammen eine bürgerliche Regierung. Diese Konstellation unterstützen wir und sind überzeugt, dass die bürgerliche Zusammensetzung den Kanton weiterbringen wird.

Wie stimmt der SVP-Wähler richtig ab? Was empfiehlt die Parteileitung?

Die SVP wird eine eigene Liste mit Paul Winiker herausgeben. Das Ziel muss sein, dass er im ersten Wahlgang gewählt wird. Um dies zu erreichen, muss unser Wähler diese Liste in die Urne oder in das Wahlcouvert legen.

Was für Aktivitäten dürfen Luzerner Bürgerinnen und Bürger bis zu den Wahlen noch erwarten?

Die Wahlkreise planen verschiedene Aktivitäten wie Standaktionen, Tour der Wahlkreise usw., ganz unter dem Motto «Die SVP geht zum Volk». Wir suchen den Kontakt und das Gespräch mit der Bevölkerung und wollen ihr unsere Politik erklären.

Eine Politik aus Überzeugung und Leidenschaft, welche die Werte des Kantons und der Schweiz sichert.

Regierungsrat Paul Winiker: «Ich setze mich mit voller Kraft für diese Herkulesarbeit ein!»

Darum stelle ich mich wieder zur Wahl

In den vergangenen Jahren ist es mir gelungen, zahlreiche nachhaltige Zukunftsprojekte zugunsten unseres schönen Kantons einzuleiten. Zum Beispiel die Lancierung eines neuen Polizeistützpunktes in Rothenburg, die neue Ausrichtung des Zivilschutzentrums Sempach verbunden mit Sanierungen und Umbauten der Infrastrukturen, der Start von militärischen Orientierungstagen für Frauen im Sinne eines Pilotprojektes und die Projektierung für die Erneuerung des Gefängnis Wauwilermoos. Diese Aufzählung umfasst jedoch nur einen bescheidenen Ausschnitt all jener Projekte, welche jetzt im Aufbau begriffen sind.

Es sind indessen Projekte, welche viel Zeit, ein intensives Engagement und eine starke Führung benötigen. Deshalb möchte ich die begonnenen Arbeiten weiterführen. Gerne setze ich mich in den kommenden vier Jahren mit aller Kraft für diese Herkulesarbeit ein.



«Nur mit einem gesunden Finanzhaushalt ist es möglich, die Sicherheit, meine Aufgabe in der Regierung, nachhaltig zu garantieren.» Paul Winiker, Regierungsrat

Luzern braucht Kontinuität und eine starke Regierung

«Luzern braucht eine starke Regierung.» Mit dieser Aufforderung bin ich 2015 als Herausforderer bei den Regierungsratswahlen angetreten. Dass dies nicht bloss Wahlwerbung war, zeigte sich sehr bald nach meinem Amtsantritt.

Kurz nach Beginn der Legislatur sah sich die Regierung mit einem massiven Einbruch der Einnahmen aus dem nationalen Finanzausgleich (NFA) konfrontiert. Dadurch öffnete sich ein Defizit, welches der gesetzlichen Schuldenbremse meilenweit widersprach. Es brauchte eine «starke Regierung», welche den absehbaren politischen orkanartigen

Winden standhalten konnte. Nicht nur klassische Sparmassnahmen kamen auf das Tapet, notwendig waren auch eine scharfe Analyse der Abläufe in der Verwaltung und Optimierungsmassnahmen. Durch die Ablehnung der Steuererhöhung durch das Volk kam der Finanzhaushalt noch zusätzlich unter Druck. Diese besondere Situation

verlangte besondere Massnahmen, welche von der Regierung ein ausgesprochen starkes Stehvermögen verlangten. Aus heutiger Sicht darf ich feststellen, dass sich die konsequente Umsetzung dieser Massnahmen gelohnt hat. Besonders auch aus der Sicht meines Departementes. Zum Beispiel die Aufhebung der Dienststelle Gemeinden, verbunden mit der Reduktion von Aufgaben und Stellen, Kürzungen von Pensen im Departementsstab, Neupositionierungen im Strafvollzug, verbunden mit der Optimie-

rung der Wertschöpfung bei der JVA Wauwilermoos durch die neu geschaffene Fleischverarbeitung. Ebenso konnten wir den Gebührenbezug Luzerner Polizei optimieren, etwa mit der Kostenbeteiligung der Organisatoren bei Einsätzen von Veranstaltungen.

Wohl ist die Finanzlage nach wie vor angespannt. Doch am Horizont sind Silberstreifen sichtbar. Wenn wir den nun eingeschlagenen Kurs beibehalten, und dafür stehe ich fest entschlossen ein, so werden sich bald wieder ausgeglichene Rechnungen einstellen. Denn nur mit einem gesunden Finanzhaushalt ist es möglich, die Sicherheit, meine Aufgabe in der Regierung, nachhaltig zu garantieren.

Das gilt auch für die Bildung, die Gesundheit und weitere Bereiche. Gerade deshalb braucht es eine starke Regierung. Nicht nur jetzt, sondern auch in den kommenden Jahren.

Stimmen von Persönlichkeiten



Es braucht die SVP dringender denn je. Der Staat wächst uns über den Kopf, die Freiheit nimmt ab und ausser der SVP gibt es keine Kraft, die sich dagegen zur Wehr setzt. Deshalb müssen wir alle an die Urne und SVP wählen gehen.

Felix Müri



Wählen heisst auswählen. Es nützt nichts die Faust im Sack zu machen. Nur wer an der Urne seine Stimme abgibt, hilft mit den Geschicken des Landes eine Richtung zu geben. Deshalb: Wählen Sie SVP. Die Partei, die sich ohne Wenn und Aber für die Unabhängigkeit der Schweiz einsetzt.

Franz Grüter



Die SVP hat auf einen Regierungsratsitz Anrecht. So ist Kontinuität gewährleistet. Deshalb bitte ich Sie alle, sich an den Wahlen zu beteiligen, damit unsere Ansichten auch im Regierungsrat vertreten sind.

Yvette Estermann

Botschaft aus dem Bundesrat

Die Schweiz ist es wert, für sie einzustehen

Sicher haben Sie auch schon jemandem auf einer Weltkarte oder einem Globus die Schweiz zeigen wollen. Wüsste man nicht, wo man sie suchen muss, würde man sie vielleicht gar nicht finden. Denn auf der Karte ist sie nur ein kleiner Punkt.

Das hat einen Teil der Leute in unserem Land schon immer verunsichert und an der Schweiz zweifeln und verzweifeln lassen. Die Geschichte der Pessimisten geht Jahrhunderte zurück, wahrscheinlich ist sie so alt wie die Schweiz selbst.

Ich ziehe daraus gerade den umgekehrten Schluss. Wenn ein so kleines Land über 700 Jahre bestehen kann, während andere Staaten in seiner Nachbarschaft entstehen und wieder untergehen, dann macht dieses kleine Land sehr vieles richtig. Und wenn dieses kleine Land ohne Bodenschätze und ohne Hochseehafen auch noch zu den wohlhabendsten und innovativsten Ländern zählt,

dann haben wir ganz offensichtlich ein Staatsmodell gefunden, dem wir Sorge tragen sollten.

Was ist es denn, was unser Land so speziell und so erfolgreich macht?

Freiheit

Die Freiheit wird in unserer Bundesverfassung als Staatszweck genannt. Und sie steht schon ganz am Anfang unserer Geschichte. Im Bundesbrief von 1291 schworen die Urstände einander Beistand in Zeiten der Gefahr und lehnten fremde Richter ab. Das ist der Kern der Schweiz. Über die Zeit hat sich das Verständnis von Freiheit weiterentwickelt und im 19. Jahrhundert gab sich unser Land eine liberale Verfassung. Der Staat soll schlank sein und zurückhaltend, er sollte nur dort ordnend eingreifen, wo es zwingend nötig ist. Die Bürger können sich frei von obrigkeitlicher Bevormundung entfalten, in der Wirtschaft wie auch im Privatleben. Das erwies sich als

Erfolgsrezept für Wohlstand und Lebensqualität.

Föderalismus

Die Schweiz ist von unten nach oben aufgebaut. Gemeinden und Kantone spielen bei uns eine wichtige Rolle. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger entscheiden selbst, das gibt lebensnahe Lösungen. Mit unserer föderalistischen Ordnung ist es uns gelungen, unsere historische Vielfalt zu einer grossen Stärke zu machen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. In andern Ländern, auch in Europa, sorgen alte, ungelöste Konflikte entlang sprachlicher oder konfessioneller Gräben auch heute immer wieder für ernsthafte Spannungen.

Souveränität

Ein weiterer Grund für unseren Erfolg ist unsere aussenpolitische Zurückhaltung. Gute Beziehungen rund um den Erdball haben bei uns Tradition, sowohl wirtschaftlich wie auch durch unsere Politik der

humanitären Guten Dienste. Konsequenter haben wir im Gegensatz zu andern immer darauf verzichtet, eine machtpolitische Agenda zu verfolgen. In Konflikten verhalten wir uns neutral. Das hat uns Türen geöffnet sowie Vertrauen und Achtung eingebracht. Gerade in unsicheren Zeiten wie jetzt, in denen die Gegensätze zwischen Grossmächten und Machtblöcken zunehmen, wird unsere bewährte eigenständige, neutrale Aussenpolitik wieder umso wichtiger.

Fazit

Dank unserer freiheitlichen Staatsordnung, unserem Föderalismus und unserer Unabhängigkeit haben wir ein seltenes Mass an persönlicher und wirtschaftlicher Freiheit, an Lebensqualität und Wohlstand erreicht. Das sollte uns Motivation genug sein, uns für unsere Werte, für unser Erfolgsrezept Schweiz einzusetzen – für uns und für die Generationen, die nach uns kommen!



Bundespräsident Ueli Maurer

Wenn SVP draufsteht, ist auch SVP drin!

Ein Wahlversprechen an einem geschichtsträchtigen Ort. So geschehen am Donnerstag, 29. November 2018 bei der Gedenkstätte zu Winkelried in Sempach. Eingefunden haben sich an der Kick-off-Veranstaltung zu den Wahlen 2019 rund 70 Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten.

Begrüsst wurden die Hauptakteure von Wahlkampfleiter Fredy Winiger. Er habe sich lange überlegt, wie man nach so einem «Selbstbestimmungssonntag» Eidgenossen begrüsst. Er komme immer wieder auf den gleichen Leitsatz: «Es braucht mehr SVP!» Gleicher Meinung ist auch Kantonalpräsidentin Angela Lüthold. Für eine Präsidentin sei es ein stolzer Moment, vor so einer starken Mannschaft stehen zu dürfen. «Geht mit grosser Motivation, aber auch mit viel Freude

an die Arbeit. Sie leisten einen wertvollen Dienst für unser Land», weiss die Präsidentin.

Er freue sich auf die jungen Wilden, schwärmt der direkt aus Bern kommende Nationalrat Franz Grüter. Es sei beruhigend zu erfahren, dass der Nachwuchs boome. Schwierig sei es hingegen mitzubekommen, wie die Luzerner Ständeräte und somit Kantonsvertreter mit dem Rahmenabkommen und somit mit der automatischen Rechtsübernahme von EU-Recht liebäugeln



und sympathisieren. Die SVP habe am 25. November eine Schlacht verloren, gibt Grüter zu. Aber zum Glück finde die Politik nicht nur an einem Wochenende statt. Jetzt sei es wichtig, dass die Partei für die 900 000 Stimmbürger, welche Ja zur Selbstbestimmung sagten, geradestehe. Hätte Biobauer und Hornkuh-Initiant Armin Capaul die Selbstbestimmung lanciert, hätte er als Freiheitskämpfer der Nation gegolten und den Friedensnobelpreis abgeholt, ist sich Grüter

schon fast sicher. Schöneres hatte Regierungsrat Paul Winiker aus dem Kanton zu berichten. Nicht nur in der Bildung, Sicherheit und Gesundheit sei Luzern im Ranking weit vorne, sondern auch im Tourismus. Dies haben kürzlich Delegationen aus Tschetschenien und Korea bestätigt. Feierlich wurde am Ende des Abends jeder einzelne Kantonsratskandidat von Vizepräsident Oliver Imfeld auf die Bühne gerufen und mit einer Eidurkunde beschenkt.

Frei bleiben

Ohne Wenn und Aber setzt sich die SVP seit ihrer Gründung für die Freiheit von Land und Volk ein. Der beste Garant für Freiheit und Unabhängigkeit ist die direkte Demokratie. Auf allen Ebenen hat das Stimmvolk das letzte Wort und dies ist die Richtschnur für die Politik.

Weiter auf Seite 6



Herzlichen Dank für Ihre Stimme am 31. März 2019



Cornelia Birrer-Kirchhofer
20. März 1974
Grosswangen
Verheiratet
Bäuerin, Pferdezüchterin, Reitpädagogin

Politische Schwerpunkte

- Landwirtschaftsbetriebe sollen gewinnbringend und existenzgesichert produzieren können
- Die Durchsetzung unserer Gesetze ohne korrupte Machenschaften

Politik / Vereine

- 1991–2007 Feldschützenverein Büron
- Seit 2001 Gemischter Chor Grosswangen
- Mitglied Verein Luzerner Warmblutpferdezucht
- Mitglied Zuchtverband CH-Sportpferde (ZVCH)

Für einen starken Mittelstand und eine gewinnbringende, existenzgesicherte Landwirtschaft



Rolf Bossart
27. Januar 1963
Schenkon
Verheiratet, 3 Kinder
Dipl. Ing., Unternehmer/Gemeinderat
www.bossartrolf.ch

Politische Schwerpunkte

- KMU- & gewerbefreundliche Politik
- Förderung Bildungssystem unter Einbezug der Eigenverantwortung
- Weniger Gesetze und «Formularitis»

Politik / Vereine

- Kantonsrat seit 2011
- Wahlkreispräsident Sursee
- Vorstand Gewerbeverband LU (KGL)
- Präsident Kommission Verkehr & Bau (VBK)
- Gemeinderat Schenkon, Bauvorsteher

**Jugend für Arbeitswelt begeistern
Kantonales Verkehrschaos meistern**

Frei bleiben

Diese Freiheit aber war und ist nie selbstverständlich, immer wieder muss sie verteidigt werden, einerseits gegen aussen, in den letzten Jahren aber auch zunehmend gegen innen. Bis Anfang der 1990er Jahre schützte eine solide bürgerliche Mehrheit in den meisten Kantonen und in Bundesbern die direkte Demokratie. Mit dem Fall der Mauer aber änderte sich dies; schleichend und mit allerlei schönredenden Floskeln drängte die neu erfundene Mitte Richtung Brüssel, Nato und UNO.

Nein zum EWR

Im Nachhinein betrachtet ist es ein Wunder, dass Volk und Stände die Kraft hatten, den Kolonialvertrag EWR abzulehnen und den selbstbestimmten Weg der Freiheit und Unabhängigkeit weiterzugehen. Dieses EWR-Nein aber haben die damaligen Verlierer nie akzeptiert und so kam es, dass bei den darauffolgenden Verhandlungen mit der EU die offizielle Schweiz einen Bückling nach dem anderen machte und sogar die Guillotine-Klausel der Bilateralen 1 akzeptierte. Dem Stimmvolk aber predigten die Integrationsisten, man könne immer wieder über einzelne Punkte nachverhandeln, beispielsweise wenn

die Einwanderung zu gross werde. Wenn man die Abstimmungsbüchlein, vor allem über aussenpolitische Vorlagen, seit den 1990er Jahren heute liest, wird klar ersichtlich, dass der Bundesrat zusammen mit der Verwaltung und der Mehrheit des Mitte-links-Bündnisses das Stimmvolk mit falschen Zahlen, Behauptungen, ja mit blanken Lügen gefügig gemacht hat. Nach neuem Sprachgebrauch waren und sind das einfach Fake News.

Gegen den klaren Willen von Volk und Ständen setzen Bund und Kantone alles daran, die Schweiz so umzuformen, dass wir am Schluss ohne Volksabstimmung in der EU landen. Dass dies keine leere Behauptung ist, zeigt ein vom Bundesrat 2010 beim Zürcher Staatsrechtler Daniel Thüerer in Auftrag gegebenes Gutachten. Dieses zeigt mehrere Wege auf und kommt zum Schluss, dass «die hier zur Diskussion gestellten Reformen (...) die (halb-direkte) Demokratie als ein Fundamentalprinzip des schweizerischen Staates nicht grundlegend in Frage stellen». Spätestens jetzt muss jeder merken, dass der Bundesrat und mit ihm die Verwaltung und die meisten Parteien das Endziel EU-Beitritt nie aufgegeben haben, sondern einfach verschleiert vorantreiben.

«Die hier zur Diskussion gestellten Reformen (...) stellen die (halb-direkte) Demokratie als ein Fundamentalprinzip des schweizerischen Staates nicht grundlegend in Frage.»

Daniel Thüerer, Zürcher Staatsrechtler

Eine besondere Rolle kommt den Kantonen zu, würden sie doch bei einem Beitritt faktisch zu reinen Verwaltungsebenen. Leider aber haben die Kantonsregierungen bereits 1998 praktisch einstimmig beschlossen, den Bund «zukünftig in seinen Integrationsbemühungen stärker zu unterstützen». Dass mit dem Verlust der kantonalen Hoheit sowohl die Kantonalbanken als auch die Steuerhoheit verloren gingen, blendeten sie einfach aus.

Nach dem Bundesrat und den Integrationsparteien war also auch den Kantonen das Stimmvolk ein lästiger Klotz am Bein auf dem Weg nach Brüssel

Genau dieses störrische Volk aber hat zunehmend unter dieser Integrationspolitik zu leiden und trägt

die Kosten dieser unschweizerischen Politik.

An ein paar Beispielen sei dies aufgezeigt

Mit den bilateralen Verträgen verlieren die Schweizer Bauern nichts, im Gegenteil; über 350 Millionen EU-Konsumenten kommen dazu und diese werden für unsere hochwertigen Lebensmittel gerne etwas mehr bezahlen.

So weit die Abstimmungspropaganda und so sieht es heute aus

Mit der Öffnung der Märkte kamen die Produzentenpreise derart unter Druck, dass die anfänglich für «ökologisch produzierte Produkte» eingeführten Direktzahlungen innert weniger Jahre auf alle Betriebe ausgedehnt wurden.

Ein starkes Team für Luzern in den Kantonsrat



Jessica Glaus
23. Juli 1990
Emmenbrücke
Ledig
Unternehmerin/Betriebsökonomin

Politische Schwerpunkte

- Umweltpolitik
- Gute Rahmenbedingungen für KMU

Für eine unabhängige Schweiz



Harald Hächler
4. August 1962
Sursee
In einer Beziehung
Datacenter Facility Manager

Politische Schwerpunkte

- Erhalt unserer Schweizer Werte
- Gegen stetig steigende Gesundheitskosten
- Praxisgerechte und sinnvolle Verkehrspolitik

Regional orientiert und ortsverbunden

Politik / Vereine

- Vizepräsident Ortspartei Sursee
- Urnenbüro Sursee
- Einbürgerungskommission Sursee
- Jodelklub Sursee
- Samariterverein Sursee

Infolge der Direktzahlungen werden die Bauern nicht mehr für ihre Produkte bezahlt, sondern sind zunehmend Landschaftsgärtner. Gleichzeitig nahm die Bürokratie geradezu gewaltige Ausmasse an. Rechnet man alle Angestellten bei Bund, Kantonen und Gemeinden sowie den Fachorganisationen zusammen, haben wir bald mehr Kontrolleure als Bauern. In den letzten Jahren ging diese von praktisch allen Parteien befürwortete Politik sogar so weit, dass die Bauern Beiträge für Lattenzäune und Brunnenröge aus Holz bekamen. Dafür werden sie gebüsst, wenn sie abends oder sonntags witterungsbedingt die Maschinen brauchen.

Als logische Folge des Bevölkerungszuwachses müsste die Produktion von Grundnahrungsmitteln stetig mehr gefördert werden. Das Gegenteil ist der Fall. In der Schweiz gibt es bald mehr Brach- als Brotgetreideflächen.

Dank der bilateralen Verträge wird das Wachstum im alpenquerenden Strassengüterverkehr bereits ab 2001 gebremst und die EU wird das Bahnangebot rasch ausbauen und verbessern.

So weit die Abstimmungspropaganda und so sieht es heute aus

Trotz der Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels im Jahre 2007 konnte der Anteil der Schiene im alpenquerenden Gütertransitverkehr bestenfalls gehalten werden. Mit der Eröffnung des Ceneritunnels sowie dem Ausbau der gesamten Strecke zwischen Basel und Chiasso auf 4 m Eckhöhe dürfte der Anteil zunehmen.

Dass die Umlagerung aber weiterhin bestenfalls Wunschdenken ist, zeigt die Tatsache, dass der Anteil ausländischer Fahrzeuge im Transitverkehr von 2 Mia. Tonnenkilometern im Jahre 1995 auf knapp 6 Mia. bis 2017 zugenommen hat. Dies entspricht fast einer Verdreifung. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der in der Schweiz

Weiter auf Seite 8

Gewaltige Ausmasse in der Bürokratie: Die riesige Zahl an Kontrolleuren übersteigt bald die berufstätigen Bauern in der Schweiz.



Wo SVP draufsteht, ist auch SVP drin



Armin Hartmann

bisher

2. Oktober 1977
Schlierbach
Ledig
Unternehmer/Gemeindeammann
www.arminhartmann.ch

Politische Schwerpunkte

- Finanz- und Steuerpolitik
- Wirtschaftspolitik
- Wohneigentumspolitik
- Staatspolitik (Verhältnis Kanton und Gemeinden)

Politik / Vereine

- Kantonsrat seit 2007
- Gemeindeammann Schlierbach
- Vorstand Verband Luzerner Gemeinden
- Präsident HEV Kanton Luzern
- Vorstandsmitglied HEV Schweiz
- Verbundrat VVL

kompetent, erfahren, vernetzt



Hans Jörg Hauser

12. August 1947
Eich
Verheiratet
Gemeinderat

Politische Schwerpunkte

- Persönliche Selbstverantwortung
- Finanzielle Belastung der Senioren
- Politische und wirtschaftliche Eigenständigkeit der Schweiz

Politik / Vereine

- Gründungspräsident SVP Kanton Solothurn, 1991
- Controllingkommission Eich, 2008–2012
- Gemeinderat Eich, seit 2012
- Präsident Aktive Senioren Luzern

Freie, unabhängige Schweiz

Mit Fug und Recht dürfen wir behaupten: Die SVP vertritt in vielen Fragen als einzige Partei die Mehrheit des Stimmvolkes und der Kantone.

zugelassenen LKW um 2 auf 11 Mia. Tonnenkilometer. Die Lastwagenlawine ist also in erster Linie auf ausländische Lastwagen zurückzuführen. Der Bundesrat hatte vollmundig angekündigt, das Parlament habe ein Verlagerungsgesetz beschlossen, damit die Strasse bereits in der Übergangszeit entlastet werde. Zudem werde der Alpenschutz spätestens 2 Jahre nach Eröffnung des Lötschbergbasistunnels umgesetzt. Zu guter Letzt baut der Bund auf eigene Rechnung sowohl in Deutschland als auch in Italien, um die Neat ins Rollen zu bringen. Die eigenen Versprechungen hat die EU nicht gehalten. Also auch beim Verkehrsabkommen wurde das Volk mit Fake News in die Irre geführt.

Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste, die Einwanderung aus EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet. Unabhängige Studien

kommen zum Schluss, dass negative Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Löhne ausbleiben.

So weit wiederum die Abstimmungspropaganda und so sieht es heute aus

Sofort nach Inkrafttreten der bilateralen Verträge nahm die Einwanderung aus der EU zu und seit der vollen Personenfreizügigkeit 2007 sind die Zahlen geradezu explodiert. In den 1990er Jahren wanderten aus den 28 EU-Staaten im Durchschnitt nur wenige Personen in die Schweiz ein. Infolge der Baukrise wanderten zwischen 1995 und 1999 weit mehr Personen wieder aus. Daran sieht man auch, wie gut das Saisonierstatut funktionierte. Ab 2002 stieg die Zuwanderung sprunghaft auf über 22 000 Personen pro Jahr an. 2006 waren es 29 081 Personen, 2007 bereits 58 068 und 2008 gar 75 163. So sind allein aus der EU in nur 10 Jahren über 600 000 Personen in die

Schweiz eingewandert – davon ein grosser Teil nicht als Erwerbstätige, sondern als Familiennachzug.

Vollgestopfte Züge und Busse, Millionen von Staustunden auf der Strasse und weitere Nachteile hat uns diese Masseneinwanderung gebracht. Aber auch auf dem Arbeitsmarkt werden die Probleme immer grösser. Einheimische Arbeitnehmende über 50 haben immer mehr Mühe, den Arbeitsplatz zu behalten oder einen neuen zu finden. Junge, günstigere Arbeitskräfte werden im Ausland geholt.

Wenn man bedenkt, dass auch aus fremden Kulturen jährlich Tausende in die Schweiz strömen und, wenn überhaupt, zumeist wenig qualifizierte Arbeiten ausführen, sind wiederum die einheimischen Arbeitnehmenden unter Druck, die sonst schon Mühe haben, ausreichend bezahlte Arbeitsplätze zu finden.

So zeigt sich auch beim Dossier Personenverkehr: Die Classe politique verbreitet seit Jahren Fake News

Seit 1893 wurden nur gerade 21 Volksinitiativen von Volk und Ständen angenommen, so beispielsweise 1918 die Initiative zur Proporzwahl des Nationalrates. Dank dieser Neuerung sind im Nationalrat möglichst viele Gesellschaftsschichten abgebildet. 1949

wurde die Initiative «Rückkehr zur direkten Demokratie» angenommen. Während des 2. Weltkriegs wurden die Volksrechte weitgehend ausser Kraft gesetzt durch die sogenannte Dringlichkeitsklausel. 1946 weigerten sich Bundesrat und Parlament, die Rechte wieder einzuführen, und so blieb nur die Volksinitiative.

Seit 2004 wurden 9 Volksinitiativen angenommen, allein schon dies zeigt die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung gegenüber der Politik. Wenn man dann noch bedenkt, dass 6 dieser Initiativen von der SVP ausgingen oder nur von ihr unterstützt wurden, dürfen wir mit Fug und Recht behaupten:

Die SVP vertritt in vielen Fragen als einzige Partei die Mehrheit des Stimmvolkes und der Kantone.

Volk und Stände haben Ja gesagt zur Verwahrungsinitiative, zur Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern, zur Ausschaffung krimineller Ausländer, Gegen den Bau von Minaretten, zum Berufsverbot mit Minderjährigen für Pädophile und schliesslich haben Volk und Stände Ja gesagt zur Masseneinwanderungsinitiative.

Bei all diesen Volksinitiativen haben sowohl der Bundesrat wie auch die Mehrheit von National- und Ständerat immer unver-

Unterstützen Sie die SVP – wählen Sie Liste 2



Harold Läderach

23. Juli 1979
Oberkirch
Verheiratet, 4 Kinder
Key Account Manager

Politische Schwerpunkte

- Gesundheits- und Bildungspolitik

Politik/Vereine

- Vorstand der Ortspartei Oberkirch

Mit frischem Wind in den Kantonsrat



Angela Lüthold-Sidler

10. Dezember 1957
Nottwil

Verheiratet, 3 Kinder
Unternehmerin, dipl. Gemeindeschreiberin
www.angela-luethold.ch

bisher

Politische Schwerpunkte

- Finanz- und Gewerbepolitik
- Steuerpolitik
- Wohneigentumspolitik
- Umwelt und erneuerbare Energien
- Raumentwicklung

Ihre zielorientierte und bodenständige Macherin



hohlener die Rechte des Volkes missachtet und die Initiativen auf Gesetzesstufe entweder stark verwässert oder gar nicht umgesetzt. Immer mehr Stimmbürger/-innen haben in den letzten Jahren resigniert und sind mit dem Glauben «Sie mache jo gliich, was sie wend» der Urne ferngeblieben.

Dies ist natürlich eine verheerende Entwicklung und dieser gilt es entgegenzuwirken. Als einzige Partei steht die SVP seit über 100 Jahren

ohne Wenn und Aber für die Säulen unserer Gesellschaft und unseres Staates ein. Wir kämpfen für die Unabhängigkeit und Neutralität, wir stehen zur direkten Demokratie auf allen Staatsebenen. Wir kämpfen für föderalistische Strukturen, gegen die zunehmende Verbürokratisierung und immer neue Vorschriften und Gesetze.

Mit der SVP wissen Sie, woran Sie sind, und wir danken Ihnen recht herzlich für Ihre grosse Unterstützung.

Seit 1893 wurden nur gerade 21 Volksinitiativen von Volk und Ständen angenommen, so beispielsweise 1918 die Initiative zur Proporzwahl des Nationalrates.

Herzlichen Dank für Ihre Stimme am 31. März 2019



Pius Müller

3. November 1952
Schenkon
Verheiratet, 3 Kinder
Spengler/ Lehrmeister selbstständig
www.pius-mueller.ch

bisher

Politische Schwerpunkte

- Gewerbepolitik
- Verkehrspolitik
- Landwirtschaftspolitik
- Familienpolitik

*volksnah – verlässlich – bodenständig – teamfähig
Eigenschaften, die ich mit in den Kantonsrat nehme.*

Politik / Vereine

- Kantonsrat seit 2003
- Mitglied Kantonsratskommission Verkehr und Bau (VBK)
- Zentralvorstand Gewerbeverband Kanton Luzern
- Vorstand Hauseigentümerverband LU



Pascal Räber

14. April 1991
Nottwil
Ledig
Dipl. Hôtelier-Restaurateur HF

Politische Schwerpunkte

- Ich setze mich für einen zukunftsorientierten, florierenden Tourismus sowie für ein wettbewerbsfähiges Gastgewerbe ein
- Umwelt- und Migrationspolitik zählen zu meinen politischen Schwerpunkten

aufmerksam – engagiert – motiviert

Politik / Vereine

- Bürgerrechtskommission Nottwil
- Ortsparteipräsident SVP Nottwil
- Aktuar Wahlkreis Sursee
- Delegierter JSVP Schweiz



Wenn Sie SVP wählen, wissen Sie genau, welche Finanzpolitik Sie erwarten können. Sorgen Sie dafür, dass dieses Gedankengut im Parlament noch stärker vertreten ist, und wählen Sie die Liste 2 der SVP.

Wir bringen die Finanzen ins Lot

Die SVP verfolgt seit Jahren eine geradlinige Finanzpolitik. Wie alle Steuerzahlenden darf auch der Staat nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Nur so wird eine Schuldenwirtschaft verhindert, die die Handlungsfähigkeit des Staates nur immer mehr einschränken und eine immer höhere Abgabenlast mit sich bringen würde.

Gleichzeitig setzt sich die SVP für tiefe Steuern ein. Die Steuerstrategie hat den Kanton Luzern stärker gemacht. Er ist heute viel weniger

auf Finanzausgleichszahlungen angewiesen und steht auf eigenen Füßen. Gleichzeitig konnte die Verschuldung stark gesenkt werden.

Dank Zuzügen von Firmen und natürlichen Personen konnten die Zahl der Arbeitsplätze, aber auch die Steuereinnahmen stark erhöht werden.

In der Übergangsphase hat dies zu einem Einbruch der Finanzausgleichszahlungen geführt. Der Kanton Luzern musste deshalb hier und dort Justierungen an den Ausgaben vornehmen. Diese waren nicht immer nach dem Gusto der SVP. Die SVP hätte sich hier und dort mehr Einsparungen gewünscht, insbesondere bei der Verwaltung. Leider stand sie mit ihren Sparanträgen aber oft alleine da. Doch bei Abstimmungen folgte das Stimmvolk regelmässig der SVP. 2017 hat die

SVP im Alleingang die Steuerfuss-erhöhung zu Fall gebracht. Mit grossem Mehr stand das Volk hinter unserer Partei – und behielt letztlich Recht: Regierung, Parlament und Parteien haben sich zusammengerauft und die finanzielle Konsolidierung vorangetrieben. Es fehlt wenig und der Kanton Luzern ist wieder im finanziellen Gleichgewicht.

Der Kanton Luzern ist heute stärker denn je. Die finanziellen Herausforderungen haben zu Aufgabenüberprüfungen geführt und die Prozesse wurden in vielen Dienststellen effizienter gestaltet. Dieser Druck war notwendig, damit der Kanton Luzern auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt.

Wo SVP draufsteht, ist auch SVP drin



Remo Schranz

29. November 1960
Geuensee
Verheiratet
Parteisekretär,
Office Manager Immobilien

Politische Schwerpunkte

- Finanzen
- Wirtschaft
- Soziales

Politik / Vereine

- Parteisekretär
- Fraktionssekretär

Ja zur freien Schweiz, ja zur direkten Demokratie



Fabian Stadelmann

6. Februar 1982
Ruswil
Verheiratet, 2 Kinder
Schreiner

Politische Schwerpunkte

- Bildungspolitik
- Verkehrspolitik

Politik / Vereine

- Ortsparteipräsident SVP Ruswil
- Vizepräsident Wahlkreis Sursee
- Jagdverein Sursee
- Schwingklub Rottal
- Jagdschützen Luzern
- RR Willisau

Frei bleiben



Sicherheit auf der Strasse und im Quartier

Sicherheit ist ein Kernthema der SVP. Wir wollen, dass sich Bürgerinnen und Bürger Tag und Nacht sicher fühlen können. Denn Sicherheit ist eines der zentralen und ursprünglichsten Bedürfnisse des Menschen.

Umfragen belegen, dass sich die Menschen im Kanton Luzern sicher fühlen. Gleichzeitig müssen wir dazu Sorge tragen, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Gewalttaten, Ausschreitungen, Einbruchsserien oder

Betrügereien am Telefon und im Internet sind nur einige Stichworte, die den Luzernerinnen und Luzernern Angst machen.

Mit unserem Sicherheitsdirektor Paul Winiker setzen wir uns dafür

ein, dass die Leistungen unserer Sicherheitsorgane an der Front ankommen. Polizistinnen und Polizisten sollen den Bürgerinnen und Bürgern im Ernstfall beistehen, statt unnötig mit Bürokratie und Verwaltungsstunden belastet zu werden. Radarkontrollen sollen an gefährlichen Stellen gemacht werden und so die Sicherheit erhöhen, nicht zum Abzocken missbraucht werden.

Straftaten sollen nach Schweizer Recht verfolgt und Urteile mit angemessener Härte ausgesprochen werden. Insbesondere Wiederholungstäter sind härter anzupacken. Gleichzeitig müssen wir uns die Frage stellen, welche Entwick-

lungen die Sicherheit der Bevölkerung gefährden. Diese Ursachen sind an der Wurzel zu bekämpfen. Wenn angenommene Volksbegehren wie die Ausschaffungsinitiative oder die Verwahrungsinitiative nur auf tiefem Niveau umgesetzt werden, wenn der Staat keine echte Strategie gegen Kriminaltouristen hat – dann ist es verständlich, wenn Menschen den Glauben an den Rechtsstaat teilweise verlieren. Die SVP will die Opfer schützen, nicht die Täter. Augenmass und gesunder Menschenverstand gelten auch in der Sicherheitspolitik als zentrale Grundsätze.

Wenn Sie SVP wählen, wissen Sie genau, welche Sicherheitspolitik Sie erwarten können. Sorgen Sie dafür, dass dieses Gedankengut im Parlament noch stärker vertreten ist, und wählen Sie die Liste 2 der SVP.

Unterstützen Sie die SVP – wählen Sie Liste 2



Jost Troxler

15. Juli 1962
Mauensee
Verheiratet, 2 erwachsene Kinder
Landwirt

bisher

Politische Schwerpunkte

- Für die produzierende Landwirtschaft
- Für Sicherheit der Bevölkerung
- Für eine nachhaltige Entwicklung der Region Sursee
- Für familiäre Werte und Eigenverantwortung

engagiert, bodenständig, volksnah

Politik / Vereine

- Kantonsrat seit 2011
- Präsident SVP Mauensee
- Landwirtschaftskommission SVP LU
- Raumplanungskommission Mauensee
- Agrarbeirat LBV
- Chlausgesellschaft Mauensee



Dario Walker

4. Juni 1998
St. Erhard
Ledig
Offizier Schweizer Armee

Politische Schwerpunkte

- Finanzen – tiefe Steuern und Abgaben
- Mehr Sparsamkeit bei Kanton und Staat
- Ausschaffung krimineller Ausländer – unsere Regeln gelten für alle

Zusammen bringen wir Luzern weiter!

Politik / Vereine

- Vizepräsident SVP Knutwil-St. Erhard
- Urnenbüromitglied Knutwil-St. Erhard
- Mitglied AUNS
- Mitglied ProTell



Wenn Sie SVP wählen, wissen Sie genau, welche Staatspolitik Sie erwarten können. Sorgen Sie dafür, dass dieses Gedankengut im Parlament noch stärker vertreten ist, und wählen Sie die Liste 2 der SVP.

Für starke Gemeinden in einem starken Kanton

Die Gemeinden im Wahlkreis Sursee sind gut aufgestellt. Sie haben ihre Hausaufgaben gemacht. Den Gemeinden geht es nicht zuletzt deshalb so gut, weil ihnen der Kanton eine ausgesprochene Gemeindeautonomie zuspricht. Dies ermöglicht, dass Probleme immer auf der tiefstmöglichen Staatsebene gelöst werden.

Zu diesem staatspolitischen Verständnis von Föderalismus und Subsidiarität will die SVP Sorge tragen. Zentralisierungen sind teuer

und führen dazu, dass über das Schicksal von Bürgerinnen und Bürgern oft weit weg an einem anonymen Schreibtisch entschie-

den wird. Doch damit Bund, Kanton und Gemeinden ihr Verhältnis beibehalten können, braucht es Spielregeln. Wer eine Aufgabe übernimmt, soll auch für deren Finanzierung sorgen. So wird ermöglicht, dass Kosten von der einen Staatsebene an die nächste und zuletzt an die Steuerzahlenden weitergereicht werden. Genau diese Tendenz hat sich in den letzten Jahrzehnten immer stärker ausgebreitet. So geschehen bei der Spitalfinanzierung, bei der Pflegefinanzierung oder beim Kindes- und Erwachsenenschutz. Die SVP setzt sich dafür ein, dass die unteren Staatsebenen der Zentralisierung Paroli bieten können. Kanton und

Gemeinden sollen Reformen in einem partnerschaftlichen Prozess gestalten und gemeinsam das Beste für Bürgerinnen und Bürger schaffen, nicht für Behördenmitglieder oder Staatsangestellte. Dieses Ziel konnte in den letzten Jahren erreicht werden – auch dank der SVP. Doch man muss vorsichtig sein. Jede Vorlage muss genau auf ihre Auswirkungen geprüft werden – seien es Fragen der Aufgabenteilung, Verkehrsfragen oder auch Fragen zur sozialen Sicherheit. Die SVP setzt sich für Freiheit, Unabhängigkeit und Föderalismus ein. Diese Ideen sind untrennbar mit der Schweiz verbunden und haben sie stark gemacht.

Unterstützen Sie die SVP – wählen Sie Liste 2



Marco Wandeler

10. Mai 1970
Buttisholz
Verheiratet, 2 Söhne
dipl. Masch.-Ing. FH

Politische Schwerpunkte

- Bildung und Landwirtschaft finanziell stärken
- Asylpolitik straffen und Missbräuche ahnden

Politik ist die Kunst, Probleme zu lösen, ohne neue grössere zu schaffen. Ich werde alles daran setzen nur die Probleme zu lösen.

Politik / Vereine

- RV Nottwil Reitverein Nottwil
- TGNOZ Trainingsgesellschaft der Nord-, Ost- und Zentralschweiz
- ZKV Zentralschweizerischer Kavallerie- und Pferdesportverband



Michelle Wandeler

25. August 2000
Beromünster
Ledig
Zeichnerin Fachrichtung Architektur/
Hochbauzeichnerin (in Ausbildung)

Politische Schwerpunkte

- Ausländer-/Asylpolitik
- Familien- und Umweltpolitik

Politik / Vereine

- Co-Präsidentin JSVP Luzern
- Vorstand SVP Beromünster
- Komitee Antistauninitiative
- Komitee Volksinitiative für eine sichere und vertrauenswürdige Demokratie (Anti E-Voting)

frisch und motiviert fürs Michelsamt



Die jungen Wilden auf dem richtigen Weg

Viele unserer Kandidaten/-innen engagieren sich schon seit Längerem in den Ortsparteien der SVP und bringen sich so konstruktiv in der Realpolitik ein. Sofern es unsere Mitgliederzahlen zulassen, planen wir künftig in den Gemeinden mit Initiativen und Anträgen an Gemeindeversammlungen unsere Anliegen vermehrt einzubringen. So bietet sich in der Stadt Luzern bereits heute die Möglichkeit, mit 200 Unterschriften einen Bevölkerungsantrag einzureichen, mit dem sich dann das Parlament beschäftigen muss. Wir wollen uns künftig dafür einsetzen, dass es diese Möglichkeit auch in andern Gemeinden mit Parlamenten gibt, damit wir als aussenparlamentarische Kraft unseren Einfluss stärken können.

Als Jungpartei ohne direkte Vertretung in der Legislative oder Exekutive stehen wir mit den gewählten Politikern der SVP in regem Austausch und versuchen so unsere Anliegen und Inputs aufs politische Parkett zu bringen. So wird beispielsweise Nationalrat Franz Grüter auf unsere Anregung hin einen Vorstoss ausarbeiten, damit der Bund künftig keine Mehrwertsteuer auf Treibstoffabgaben mehr erheben kann. Treibstoffabgaben zu besteuern ist ein Unding, Gesellschaft und Wirtschaft verlieren dadurch jährlich 300 000 000 Franken. Aber nicht nur ungerechtfertigte Mehrwertsteuerzuschläge sind uns ein Dorn im Auge. Generell sind wir der Meinung, dass der Franken beim Bürger besser aufgehoben ist als beim Staat, und setzen uns daher für weniger Steu-

ern ein. So zelebriert die JSVP jährlich den Tax-Freedom-Day. Also den Tag im Jahr, ab dem der Bürger in die eigene und nicht mehr in die Tasche des Staates wirtschaftet. Entgegen der gängigen Meinung bezahlt man in der Schweiz als Bürger sehr viel Geld an den Staat, so dass man bis Ende Juni nur für Steuern und Abgaben arbeitet. Ein freier Bürger aber verfügt unserer Meinung nach über einen möglichst grossen Teil seines Geldes selbst und zwingt damit den Staat zu haushälterischem Umgang mit den Finanzen. Freie Bürger sollen möglichst viele Freiheiten geniessen können und daher nicht von immer mehr Gesetzen eingeschränkt werden. Insbesondere nicht von solchen, die aus dem Ausland kommen und nur schwach bis gar nicht demokratisch legitimiert sind. Wir

sind deshalb gegen das Tanzverbot an hohen Feiertagen und gegen strengere Waffengesetze aus dem Ausland. Weiter sind viele unserer Mitglieder für die Legalisierung von Cannabis. Auch wenn wir von solchen Lockerungen persönlich nicht zwingend profitieren, finden wir, solange wir nicht negativ dadurch beeinträchtigt werden, andere aber davon profitieren können, dass solche Gesetze aus den Gesetzbüchern gestrichen gehören.

Freie Bürger wählen ihre Verkehrsmittel selbst, ohne dass irgendwelche Ideologen ihnen Vorschriften machen. Dazu kämpften wir vor rund zwei Jahren mit einer Parkplatzbesetzung in der Stadt Luzern gegen den Abbau von Parkplätzen. Während Hausbesetzer wochenlang Privateigentum ungesühnt besetzen können, wurden gegen unsere harmlose Aktion sämtliche juristischen Geschütze aufgeföhren. Neben dem politischen Engagement ist uns auch das Gesellige äusserst wichtig. Monatlich halten wir unsere Parteileitungssitzung ab und alle drei Monate fassen wir an den Mitgliederversammlungen die Parolen zu den Abstimmungen. Teilweise koppeln wir diese Versammlungen

Wir stehen mit den gewählten Politikern der SVP in regem Austausch und bringen unsere Anliegen und Inputs aufs politische Parkett.

Neben dem politischen Engagement ist uns auch das Gesellige äusserst wichtig.

Das grösste Projekt der JSVP steht allerdings erst noch an. Ein von der JSVP geführtes Komitee hat Anfang Februar die kantonale Anti-Stau-Initiative lanciert.

mit nicht politischen Anlässen. Dazu zählen Besichtigungen, Paintball oder Gokart fahren. Auch der Austausch mit den verschiedenen Jungparteien und den JSVP-Sektionen der Zentralschweiz ist uns wichtig. So gingen wir Anfang Jahr mit diversen JSVPlern aus der Zentralschweiz sowie den Jungfreisinnigen Paintball spielen. Ebenso veröffentlichen wir mit allen Jungparteien des Kantons Luzern ein Wahlauftrufvideo, mit dem Ziel, dass mehr Junge an die Urne gehen.

Hoffentlich werden dadurch viele JSVP-Sympathisanten wählen gehen, denn die Jungen sind diejenigen, die am längsten mit den Fehlentscheiden einer zu linken Politik leben müssen. Das grösste Projekt der JSVP steht allerdings erst noch an. Ein von der JSVP geführtes Komitee hat Anfang Februar die kantonale Anti-Stau-Initiative lanciert. Daneben führen wir einen aktiven Wahlkampf mit rund 20 kandidierenden JSVPlern. Besonders erfreulich ist dabei, dass wir im Amt Entlebuch mit einer vollen JSVP-Liste, mit kompetenten und abwechslungsreichen Kandidierenden, antreten können. In den anderen Ämtern treten die JSVPler auf der Liste der SVP an und unterstützen so aktiv die Mutterpartei.

Was hat die SVP-Fraktion in den letzten vier Jahren erreicht und was sind die neuen Herausforderungen?

Steuern steigen nicht! Auftrag erfüllt und gute Arbeit geleistet! Die SVP-Fraktion ist unter der Leitung von Fraktionschef Guido Müller 2015 mit dem Versprechen, sich für einen sicheren, lebenswerten und attraktiven Kanton Luzern einzusetzen, in die Legislatur 2015 eingestiegen. Die Fraktion hat den Auftrag, sich für den Kanton Luzern als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum zu engagieren und sich für ein leistungsfähiges Gewerbe, einen starken Mittelstand und ein sicheres Zusammenleben einzusetzen. Mit dem Versprechen, Sorge zu den Grundwerten der SVP zu tragen, hat die 29 Personen umfassende Fraktion den Auftrag in den letzten vier Jahren umgesetzt.

Mit 113 Vorstössen hat die SVP-Fraktion, bei insgesamt knapp 700 Vorstössen von den bürgerlichen Fraktionen, am meisten Anfragen, Postulate oder Motionen eingereicht. Wobei wir immer wieder festhalten, dass nicht die Quantität der Vorstösse, sondern deren Qualität entscheidend ist. Bei vielen unserer Anfragen kam die Regierung «ins Schwitzen» resp. konnte die Fragen nicht zu unserer Zufriedenheit beantworten. Mit den Postulaten oder Motionen konnten wir einiges auslösen, wurden aber mehrmals von den anderen bürgerlichen Parteien im Stich gelassen und konnten so die wirklichen bürgerlichen Anliegen nicht in Gesetzen, Verordnungen oder Ähnlichem einbringen.

Neben den Vorstössen wurden über 150 Botschaften für Gesetzesanpassungen, Änderungen von gesetzlichen Grundlagen und Weiteres beraten

Hier liegt die Hauptarbeit einer Fraktion. Die Botschaften werden in den Kommissionen beraten, angepasst und anschliessend dem Rat vorgelegt. Dabei gibt es sehr einfache Botschaften mit einem Umfang von 10 Seiten. Es gibt aber auch Botschaften, die so dick wie ein Telefonbuch sind.

Alleine die Botschaften mit dem Budget, dem Aufgaben- und Finanzplan oder der Rechnung sind

sehr umfangreich. Diese zu beraten stellt jeweils eine Herausforderung dar. Daneben gibt es Botschaften, die jeweils für zig Jahre die Grundlage für den Kanton bilden. Als Beispiel sei da das Finanzhaushaltsgesetz für die Gemeinden erwähnt. Aber auch Botschaften, die auf den ersten Blick nicht spannend aussehen, können eine sehr grosse Herausforderung sein. Als gutes Beispiel kann das Energiegesetz aufgeführt werden. Der erste Vorschlag der Regierung war so gegen den Mittelstand, gegen die Unternehmen und gegen jegliche Vernunft, dass dies vom Kantonsrat bachab geschickt wurde.

Im Bereich Justiz und Sicherheit waren wir mit einer Ergänzungsbotschaft zu unserer Volksinitiative «Für eine bürgernahe Asylpolitik» gestartet. Hier musste der

Regierungsrat nachbessern, weil er vom Bundesgericht zurückgepfiffen wurde. Beim Justiz- und Sicherheitsdepartement sind es mehrheitlich sehr fachtechnische Botschaften, wie zum Beispiel der Entwurf zur Änderung des Einführungsgesetzes des Bundes über Schuldbetreibung und Konkurs oder die Schaffung einer Anlaufstelle in Verwaltungsangelegenheiten. Eine ebenso technische Botschaft war die Teilrevision des Justizgesetzes, in der es um die Einzelrichter

und Einzelrichterinnen ging. Diverse Botschaften wurden im Bereich Tief- und Hochbau beraten und zur Ausführung verabschiedet. Unter anderem die Rümli-Brücke in Schachen, das Hochwasserrückhaltebecken in Ballwil, das Investitionsprojekt Neuerschliessung Sörenberg-Rothorn, der Bau eines Asylzentrums in Kriens oder die Sanierung des Schulgebäudes BBZW+G in Sursee plus die Sanierung des Heilpädagogischen Zentrums Hohenrain. Im Bildungs-



«Die SVP-Fraktion hat am meisten Anfragen von den bürgerlichen Fraktionen eingereicht. Wir halten aber fest, dass nicht die Quantität der Vorstösse, sondern deren Qualität entscheidend ist.»

Urs Dickerhof, SVP-Fraktionschef

«Als einzige Partei musste die SVP gegen die gesamte «Classe politique» im Kanton antreten. Man belächelte uns. Und siehe da: Die SVP verhinderte den Steueranstieg!»

bereich wurde eine von der SVP unterstützte Initiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» wieder einmal als ungültig erklärt. 2015 wird zum ersten Mal der Bildungs-Kostenteiler zwischen Gemeinden und dem Kanton debattiert. Diese Diskussion wird sich auch 2019 noch fortsetzen. Ein Riesenprojekt mit Kostenfolge von ca. 12 Millionen wird mit dem Aufbau und Betrieb einer Schuladministrationslösung gestartet.

Im Sozial- und Gesundheitsbereich wurden ebenfalls viele Projekte und Anpassungen an Gesetzen vorgenommen. Diverse Gesetze werden aufgrund des Berichts über die Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern aufgearbeitet. Dieser Bericht begleitete den Kantonsrat über die Legislatur. Gleichzeitig wurde ein Evaluationspapier über die Kosten der Pflege- und der Spitalfinanzierung vorgelegt. Aus diesen Botschaften abgeleitet wurde die Schaffung eines Betreuungs- und Pflegegesetzes und damit ein Entwurf über die Finanzierung der Pflegeleistungen der Krankenversicherung vorgelegt.

Aber am meisten beschäftigte sich der Kantonsrat mit den Finanzen. Bereits im September 2016 wurde ein Konsolidierungsprogramm (KP17) diskutiert und es wurde schnell klar, dass die Situation sich so gestaltete, dass die Regierung eine Steuererhöhung in den Raum stellte.

Der Einleitungstext in die Botschaft lautete: Der Regierungsrat legt dem Kantonsrat ein Massnahmenpaket zur Sanierung des Finanzhaushalts bis 2019 vor. Er beantragte dem Kantonsrat eine Kombination von Sparmassnahmen bei der Verwaltung und verschiedenen Bezüchern kantonalen Leistungen sowie Einnahmener-

höhungen. Die verbleibende Finanzierungslücke soll mit einer Erhöhung des Steuerfusses um $\frac{1}{10}$ Einheit per 2017 geschlossen werden. Bei einer Ablehnung der Steuererhöhung droht eine Neuverschuldung, die mit der heute gültigen Schuldenbremse nicht vereinbar wäre.

Mit dieser Botschaft beschäftigen wir uns weiter, wahrscheinlich auch in der neuen Legislatur. Die SVP-Fraktion war nicht in allen Teilen mit der Botschaft einverstanden. Vor allem nicht mit der Erhöhung des Steuerfusses. Die Fraktion der SVP hat als einzige Partei konsequent gegen höhere Steuern, Abgaben und Gebühren gekämpft und somit einen der wichtigsten Aufträge umgesetzt.

Beim Grundanliegen Steuern konnten wir einen sehr grossen Erfolg zusammen mit der kantonalen Partei feiern. Der Kantonsrat inklusive der bürgerlichen Parteien hatte gegen die Stimmen der SVP-Fraktion beschlossen im Kanton Luzern die Steuern zu erhöhen. Gemeinsam mit der kantonalen Partei wurde das Referendum dagegen ergriffen. Als einzige Partei musste die SVP gegen die gesamte «Classe politique» im Kanton antreten. Man belächelte uns. Und siehe da: Die SVP verhinderte den Steueranstieg!

Der Rest der Botschaft KP17 wird kontinuierlich fortgesetzt. Im Moment beschäftigt sich der Kantonsrat mit der Aufgaben- und Finanzreform zwischen den Gemeinden und dem Kanton. Eigentlich wurde ein gutes Paket zwischen dem Kanton und den Gemeinden geschnürt. Leider beinhaltet auch dieser Vorschlag eine Steuererhöhung bei den Unternehmens- und Vermögenssteuern. Die Fraktion der SVP wird keiner Steuererhöhung

für die Unternehmen zustimmen. Da müssen Lösungen an anderer Stelle gefunden werden. Im Mai 2019 werden wir über diese Reform an der Urne abstimmen können. Damit würde auch entschieden, wie zukünftig die Kosten der Bildung zwischen den Gemeinden und dem Kanton aufgeteilt werden. Die Fraktion der SVP ist klar für diese neue Aufteilung und lebt somit nach dem Prinzip der Aufgaben-, Kompetenzen- und Verantwortungsverteilung (AKV). Aus Sicht der SVP-Fraktion kann der Kanton nicht darüber bestimmen, was in der Schule so alles abläuft, und die Gemeinden und ihre Steuerzahler müssen alles berappen. Zusammenfassend kann die Fraktion auf eine intensive Legislatur zurückschauen. Sie war grossmehrheitlich von der Finanzlage des Kantons geprägt. Aber man darf auch stolz sein in so einem Kanton zu wohnen und für diesen zu arbeiten, wenn man eine Langzeit-

betrachtung macht. Der Kanton Luzern ist gut aufgestellt. Er ist aus der Steuerhölle zu einem normalen und bezahlbaren Kanton erwachsen. Umso wichtiger ist es, dass die SVP weiterhin ihren Weg der tiefen Steuern für die Menschen und ihre Unternehmen geht. Die Herausforderung in der Zukunft wird nicht kleiner. Darum sind die Grundwerte der SVP immer noch die richtigen.

Im Herbst 2018 übergab mir Guido Müller, aus beruflichen Gründen, die Fraktion. An dieser Stelle bedanke ich mich nochmals bei Guido für seine Arbeit gegenüber der Fraktion, der Partei und unserer Bevölkerung.

Ebenso bedanke ich mich für die Unterstützung bei der Fraktion, die mit 29 Personen die zweitgrösste Fraktion im Kantonsrat darstellt. Somit gestalten wir den Kanton mit und tragen Verantwortung. Dies wollen wir auch in Zukunft tun!

Zum Schluss noch dies

Trotz Sicherheitslücken und Warnungen von Fachleuten will der Bundesrat E-Voting flächendeckend einführen. Dabei ist die elektronische Stimmabgabe eine grosse Gefahr für die direkte Demokratie: Die Schweiz wird ein interessantes Angriffsziel für staatli-

che und nichtstaatliche Angreifer. Und ist das Vertrauen in unsere Abstimmungs- und Wahlsysteme einmal gebrochen, gibt es kein Zurück mehr. Darum ziehen wir jetzt gemeinsam die Notbremse! Unterstützen Sie bitte die Volksinitiative für ein E-Voting-Moratorium.

Für eine sichere und vertrauenswürdige Demokratie

STOPP E-Voting

JETZT unterschreiben

www.e-voting-moratorium.ch



Paul Winiker

Unser Regierungsrat

facebook www.facebook.com/paulwiniker

www.paulwiniker.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
Liste 2 **SVP**
Die Partei des Mittelstandes

So wählen Sie optimal die SVP

1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert und entnehmen Sie die Stimmunterlagen.
2. Trennen Sie die SVP-Liste Nr. 2 für die Kantonsratswahlen ab. Trennen Sie weiter die Liste der SVP für die Regierungsratswahlen ab.
3. Legen Sie die beiden Listen in das Wahlcouvert. Es darf nur je eine Liste im Couvert sein – eine für die Kantonsratswahlen und eine für die Regierungsratswahlen. Kleben Sie das kleine Wahlcouvert zu.
4. Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis im dafür vorgesehenen Feld.
5. Stecken Sie das kleine Wahlcouvert zusammen mit dem unterschriebenen Stimmrechtsausweis in das Rücksendecouvert der Gemeinde.
6. Übergeben Sie das Stimmcouvert rechtzeitig der Post. Schicken Sie die Unterlagen per A-Post spätestens vier Tage vor der Wahl. Sie können das Rücksendecouvert auch direkt in den Briefkasten der Gemeindekanzlei werfen.
7. Falls Sie an der Urne wählen, reicht es, wenn Sie die SVP-Kantonsratsliste und die SVP-Regierungsratsliste mitnehmen. Bitte beachten Sie die Öffnungszeiten des Urnenbüros in Ihrer Gemeinde.



1. Stimmcouvert öffnen und Unterlagen entnehmen.
2. SVP-Liste 2 und Liste Regierungsratswahlen abtrennen.
3. Legen Sie je eine Liste in das Wahlcouvert.
4. Stimmrechtsausweis unterschreiben.
5. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen.
6. Couvert auf die Post oder Gemeinde bringen.

Unterstützen Sie die SVP auch bei den Regierungsratswahlen! Paul Winiker, der erfahrene Regierungsrat, verdient unsere volle Unterstützung.

Jetzt Mitglied der SVP werden!

Die SVP setzt sich dafür ein, dass unsere Schweiz für uns und unsere Nachkommen auch in Zukunft noch ein Zuhause ist. Tragen auch Sie die klaren bürgerlichen Werte mit und entscheiden Sie sich für Wohlstand, Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft in Freiheit!

Die SVP hat einen Vertrag mit dem Volk unterzeichnet, dem wir uns verpflichtet fühlen. Der Vertrag besagt:

- Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten
- Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen
- Wir wollen für alle die Steuern senken

Setzen Sie ein Zeichen für die Schweiz und den Kanton Luzern.

Stärken Sie die SVP durch Ihre Mitgliedschaft. Herzlichen Dank!



Die SVP kämpft als einzige Partei für Freiheit und Unabhängigkeit und sagt entschieden Nein zum schleichenden EU-Beitritt der Schweiz.

Unterstützen Sie uns dabei!

Setzen Sie sich ein für Freiheit und Unabhängigkeit.

- Ich möchte mich zuerst näher informieren. Bitte senden Sie mir Ihre Parteunterlagen zu.
- Ich möchte sofort Mitglied der SVP werden.
- Ich möchte der SVP einen Spendenbeitrag zukommen lassen.

Vorname Name

Strasse PLZ/Ort

E-Mail Telefon

Geb.-Datum Unterschrift

Ausschneiden und senden an: SVP Kanton Luzern, Postfach, 6000 Luzern
oder Internet: www.svplu.ch. Spenden auf PC-Konto 60-29956-1

